

In Ehrenfeld leben Menschen aus zahlreichen unterschiedlichen Kulturen und Herkunftsländern. Wir alle zusammen bilden Ehrenfeld

Die demokratischen Fraktionen und Parteien in der Bezirksvertretung Ehrenfeld treten dafür ein, das friedliche Zusammenleben durch den Dialog zwischen den Menschen zu fördern. Allen Formen von Intoleranz und Diskriminierung treten wir entgegen.

Im Rahmen, den das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in Artikel 2 (1) und Artikel 4 (1) und (2) vorgibt, erachten wir die Ausübung der Religion als schützenswertes Persönlichkeitsrecht. Niemand darf wegen seiner Religionszugehörigkeit oder Herkunft beleidigt, ausgegrenzt oder verfolgt werden.

Wir verurteilen daher auf das schärfste die Art der erneuten Kampagne von „pro Köln“ gegen das geplante Neubauvorhaben der Türkisch-Islamischen Union (DITIB) in Ehrenfeld. In überzogener Sprache werden Ängste und falsche Vorstellungen geschürt, um Menschen muslimischen Glaubens zu diskreditieren. Wer Parallelgesellschaften verhindern will, muss auch die kulturelle und religiöse Identität von Migranten respektieren.

Wir halten es für unerträglich, wenn DITIB anlässlich des geplanten Baus diffamiert und mit islamistischen Terroristen in Zusammenhang gebracht wird. Gerade DITIB war die Organisation, die am 21. November 2004 in Köln eine Demonstration für Frieden, Demokratie und Toleranz und gegen den Missbrauch des Islam zur Begründung von Terror und Gewalt organisiert hat, an der sich alle demokratischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland beteiligt haben. An den jährlich stattfindenden Tagen der offenen Moschee kann jede und jeder sich von den Anstrengungen von DITIB für die Integration türkischer Muslime in die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland überzeugen.

DITIB plant den Neubau an der Venloer Straße auf eigenem Gelände mit den entsprechenden zugehörigen kulturellen, sozialen und pädagogischen Einrichtungen sowie Verwaltungsräumen.

Für das Vorhaben gilt das Baugesetzbuch der Bundesrepublik Deutschland und die Bauordnung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Vor der eigentlichen Planung wird ein Realisierungswettbewerb durchgeführt, in dessen Jury neben DITIB auch die Architektenkammer, der Bund Deutscher Architekten, die Dombaumeisterin, das Stadtplanungsamt, sowie die Ratsfraktionen beteiligt werden.

Erst anschließend wird der Bebauungsplan aufgestellt werden. In diesem Verfahren werden offene Fragen und strittige Punkte, wie z.B. die optimale verkehrliche Anbindung, geklärt. Dies wird transparent erfolgen, da es im Rahmen dieses Verfahren eine öffentliche Bürgerbeteiligung geben wird.

Dafür stehen wir.

SPD-Fraktion

CDU-Fraktion

Fraktion Bündnis '90 / Die Grünen

FDP

PDS